

Regierungsratsbeschluss

vom 22. Februar 2011

Nr. 2011/416

Vernehmlassung zur parlamentarischen Initiative (09.499): Agrotreibstoffe. Indirekte Auswirkungen berücksichtigen.

Schreiben an das Bundesamt für Umwelt, Bern

1. Erwägungen

Mit Schreiben vom 25. November 2010 gelangt die Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie, Bern, an die Adressaten des Vernehmlassungsverfahrens zur parlamentarischen Initiative „Agrotreibstoffe. Indirekte Auswirkungen berücksichtigen“ und ersucht sie um eine Stellungnahme an das Bundesamt für Umwelt, Bern.

2. Beschluss

Auf Antrag des Bau- und Justizdepartementes wird die Stellungnahme zur parlamentarischen Initiative (09.499): „Agrotreibstoffe. Indirekte Auswirkungen berücksichtigen“ beschlossen.



Andreas Eng
Staatsschreiber

Beilage

Schreiben an das Bundesamt für Umwelt vom 22. Februar 2011

Verteiler

Bau- und Justizdepartement
Amt für Umwelt
Volkswirtschaftsdepartement
Amt für Landwirtschaft
Amt für Wirtschaft und Arbeit
Ratsleitung (8)
Eidg. Parlamentarier (9)